



Rentenangleichung Ost: Endlich das Ziel erreicht

Ab 1. Juli 2023 sind Rentenwerte Ost und West erstmals gleich hoch

Fast 33 Jahre hat es seit der deutschen Wiedervereinigung gedauert, die Renten in Ost und West anzugleichen. Ab 1. Juli ist es dann endlich soweit: Der Rentenwert wird dann bundesweit erstmals in Ost und West gleich sein und einheitlich bei 37,60 Euro je Rentenpunkt liegen. Für die SPD-Fraktion ist dies ein Zeichen des Respekts auch vor der Lebensleistung der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Angleichung erfolgt jetzt, auch dank guter Lohnentwicklung in den letzten Jahren, ein Jahr früher als geplant. Was einmal mehr deutlich macht, dass gute Löhne die Grundlage auch für gute Renten sind. Dies ist auch ein Grund dafür, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz bei öffentlichen Aufträgen die Zahlung von Tariflöhnen oder tarifgleichen Löhnen zur Voraussetzung machen wollen.

Weil gute Löhne gerade in den Jahren nach der Wende aber nicht immer selbstverständlich waren, weil Zeiten der Arbeitslosigkeit auch große Lücken in Erwerbsbiografien gerissen haben, wurde auf Druck der SPD 2021 die Grundrente eingeführt. Gerade Menschen, die nur geringe Löhne erhalten haben oder die längere Zeiten der Arbeitslosigkeit

hatten, erfahren durch die Grundrente den Respekt für ihre Arbeitsleistung. In Mecklenburg-Vorpommern profitieren bis zu 70.000 Menschen von dieser Regelung.

Auch der Landtag hat sich im Juni mit der Rentenangleichung zwischen Ost und West beschäftigt. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde die Rente zum Thema der Aktuellen Stunde. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Julian Barlen stellte dabei die Bedeutung der Rente heraus. „Eine gute und faire Rente ist nicht einfach nur die Sicherung des Alters. Eine gute und faire Rente ist gelebter Respekt vor der Lebensleistung der Menschen, die mit ihrer Arbeit unser Land aufgebaut haben“, führte er in der Debatte aus.

Und erteilte gleich im Anschluss Überlegungen und Bestrebungen der CDU eine Absage, das Renteneintrittsalter ab 2031 noch weiter anzuheben oder die Rente mit 63 abzuschaffen, bei der besonders langjährig Versicherte bis zu zwei Jahre vor dem Renteneintrittsalter abschlagsfrei in Rente gehen können. Die CDU-Forderung werde der Lebensleistung langjährig Versicherter nicht gerecht. Wer nicht mehr arbeiten könne, der gehe so oder so in Rente – nur dann mit Abschlägen. Die CDU-Forderung ist also eine versteckte Rentenkürzung.

2 Für bessere Löhne in MV Tariftreuegesetz soll ab Herbst kommen



3 Ermöglichen statt Verpflichten Wärmewende muss sozial gerecht sein



6 Nord Stream 2 und Klimastiftung Im Gespräch mit Thomas Krüger, MdL



7 Jugend im Mittelpunkt #mitmachenMV ist das Motto der Enquete





Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

schön, dass Sie unsere neue BÜRGER-POST in den Händen halten. Auf den nächsten Seiten zeigen wir, was unser Land aktuell bewegt und wie wir als SPD-Fraktion dafür sorgen, dass unser schönstes Bundesland wirtschaftlich stark, sozial gerecht und zukunftsfähig bleibt.

Zu Beginn möchte ich ein großes DANKE-SCHÖN sagen. Zahlreiche Waldbrände früh im Sommer haben uns sehr alarmiert. Jeder Brand ist schlimm und eine potentielle Bedrohung. Auf munitionsbelasteten Flächen ist die Brandbekämpfung besonders schwer. Trockenheit und Wind erschweren solche Situationen zusätzlich. Trotz dieser extremen Bedingungen sind die Männer und Frauen unserer MV-Feuerwehren und viele Helfer vor Ort, um ihr Bestes zu geben und das Feuer einzudämmen.

Den Kameradinnen und Kameraden der Wehren, den zahlreichen Helfern und Ehrenamtlichen, dem DRK, dem THW, der Polizei, der Bundeswehr, der Landes- und Bundesforst, kurz: ALLEN die mit ihrem Einsatz vor Ort unser Leib und Leben schützen, gilt unser aller Dank. Wir wünschen ihnen jederzeit einen sicheren Einsatz für MV.

Deshalb ist es auch gut, dass aus den Bränden der Vergangenheit die richtigen Lehren gezogen wurden. Das 50-Millionen-Euro-Paket des Landes wurde unter anderem in elf neue und geländegängige Tanklöschfahrzeuge investiert, die in der aktuellen Situation sehr helfen. Ein zweites Paket über 50 Millionen Euro ist aufgelegt. Wir haben u. a. mit dem Programm „Löschwasser Marsch“ vor Ort Tiefbrunnen und Wasserreservoirs geschaffen und vieles mehr. Wir können uns auf die Feuerwehren und die Feuerwehren auch auf uns verlassen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Herzliche Grüße, Ihr

Julian Barlen
Julian Barlen
Vorsitzender SPD-Landtagsfraktion MV



Tariftreuegesetz im Land: Gute Löhne für gute Arbeit

Bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Mecklenburg-Vorpommern ist seit langem ein wichtiges Ziel für die SPD-Landtagsfraktion. Mit dem Vergabemindestlohn auf Landesebene und dem inzwischen bei 12 Euro angelangten Mindestlohn im Bund konnten hier bereits wichtige Schritte gegangen werden. Jetzt soll das Landesvergabegesetz überarbeitet werden und soll im Gesetz auch die Verpflichtung zur Einhaltung von Tarifverträgen ergänzt werden.

Die Tarifbindung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist in den vergangenen 20 Jahren kontinuierlich gesunken. In Mecklenburg-Vorpommern wurden 2021 trotz Arbeits- und Fachkräftemangels gerade einmal 41 Prozent nach Tarifvertrag bezahlt. Dieser Wert soll perspektivisch wieder steigen.

Ein ausgehandelter Tarifvertrag ist noch immer der sicherste Weg, um faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für alle Angestellten eines Betriebes sicherzustellen. Im Durchschnitt lag der Bruttoeinkommensunterschied zwischen Vollzeitangestellten mit Tarifvertrag und Angestellten ohne Tariflohn 2021 bei monatlich 670 Euro. Selbst wenn strukturelle Unterschiede wie die Betriebsgröße und andere Faktoren herausgerechnet werden, verdienen Angestellte mit Tariflohn immer noch zehn Prozent mehr also solche ohne Tarifvertrag. Gleichzeitig arbeiten Arbeitnehmer ohne Tarifvertrag im Schnitt eine halbe Stunde länger pro Woche.

In Zeiten des Fachkräftemangels und immer stärkerer Auswirkungen des demografischen Wandels muss sich MV deshalb auch für den internationalen Wettbewerb aufstellen.

Fach- und Arbeitskräfte werden mittlerweile nicht nur bundesweit, sondern europa- und weltweit umworben.

Um in diesem Wettbewerb auch langfristig mithalten zu können und für Unternehmen im Land klare Anreize und Planungssicherheit zu schaffen, haben wir uns deshalb entschlossen, noch im Herbst dieses Jahres ein Tariftreuegesetz zu verabschieden. Das Land und landeseigene Unternehmen sollen künftig bei der Auftragsvergabe nur noch Unternehmen berücksichtigen, die Tarif- oder tarifähnliche Löhne zahlen. Zusätzlich soll auch die Nachhaltigkeit des Angebots berücksichtigt werden, also beispielsweise ein Fokus auf regionale Unternehmen mit kurzen Anfahrts- und Transportwegen gelegt werden. Schlussendlich soll auch die Wirtschaftlichkeit eines Angebotes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stärker berücksichtigt werden und nicht nur der Preis. Denn billig ist auf lange Sicht nicht immer billiger.

Dieses Maßnahmenpaket schafft auch für Unternehmen klare Vorteile bei der Bewerbung um öffentliche Aufträge im Land. Sie stärkt lokal verwurzelte Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und verhindert, dass faire Unternehmen, die bereit sind, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Tariflöhne zu zahlen, bei öffentlichen Ausschreibungen durch Unternehmen mit niedrigeren Löhnen unterboten werden.

Mit dem neuen Tariftreuegesetz helfen wir, unsere Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern schlagkräftig und wettbewerbsfähig für die Zukunft aufzustellen und gehen einen weiteren und wichtigen Schritt auf dem Weg zum Land der guten Arbeit.

Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) im Bund

Wärmewende: Umbau muss machbar, gerecht und bezahlbar für die Menschen bleiben

Wie werde ich zukünftig mein Haus bzw. meine Wohnung heizen? Diese Frage stellen sich aktuell viele Menschen in ganz Deutschland. Im Frühjahr hat das Bundeskabinett den Entwurf für eine Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) verabschiedet, welches jetzt zur Beratung im Bundestag liegt. Knackpunkt für viele Menschen: Neu installierte Heizungen sollen zukünftig mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbarer Energie arbeiten.

Für Panik besteht aber kein Anlass. Im Neubau wird heute schon regelmäßig mit erneuerbarer Energie geheizt, schlicht weil es die günstigste Form ist. In Bestandsgebäuden können bestehende Heizungen erst einmal in Ruhe weiterarbeiten und bei Defekten auch repariert werden. Die Ampel-Koalition in Berlin hat sich darauf geeinigt, dass man für Bestandsgebäude mit gestaffelten Übergangsfristen arbeiten wird. Lediglich im Neubau wird das Gesetz sofort gelten.

Im Kern ist das, was im Gesetz vorgeschlagen wird, richtig. Wenn wir unseren Kindern und Enkelkindern einen gut bewohnbaren Planeten hinterlassen wollen, müssen wir die Treibhausgasemissionen schnell reduzieren. Hierzu gehört, künftig Stück für Stück auf das Verbrennen von Erdgas, Heizöl oder Kohle zu verzichten. Aktuell werden noch 75 Prozent aller Wohnungen in Deutschland mit Gas oder Öl beheizt. Damit die sogenannte Wärmewende gelingt, muss dieser Anteil in den nächsten Jahren deutlich sinken.

Für die SPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpom-

mern ist es wichtig, dass wir bei der Wärmewende niemanden alleinlassen. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern benötigen viele Hausbesitzer staatliche Unterstützung bei der Umstellung ihrer Heizungsanlage auf klimafreundliche Energie. Unsere Forderungen, die von der Bundesebene auch aufgegriffen wurden, haben wir in der Juni-Sitzung des Landtages in unserem Antrag „Wärmewende sicher und sozial gestalten“ zusammengefasst.

Weniger verpflichten. Mehr ermöglichen. Und die Menschen mit einem sozial abgestimmten Förderprogramm unterstützen. So funktioniert eine erfolgreiche Wärmewende: sie nimmt die Menschen mit. Denn die Wärmewende muss am Ende für die Menschen leistbar und bezahlbar bleiben.

Ersten Schritt vor dem zweiten machen: Wärmeplanung First

Bei Neubauten dominiert heute bereits eine Heiztechnologie: die Wärmepumpe. Die Technik ist relativ simpel. Letztlich ist eine Wärmepumpe ein umgekehrter Kühlschrank, der die Wärme aus der Umgebung eines Hauses nimmt, diese also kühlt, dafür das Innere des Hauses wärmt. Aus einer Kilowattstunde Strom werden auf diese Art drei bis vier Kilowattstunden Wärme.

Und moderne Wärmepumpen benötigen auch kein perfekt saniertes Haus oder eine Fußbodenheizung mehr, um gut zu funktionieren. Auch in Bestandsgebäuden kann man mit Wärmepumpen gut und effizient heizen. Für Eigentümer kann es also sehr sinnvoll sein,

sich in Ruhe beraten zu lassen und den Umbau zu planen. Das Haus erneuerbar zu heizen bedeutet am Ende auch, der Gefahr stark steigender Öl- und Gaspreise in der Zukunft zu entgehen.

Aber die Wärmepumpe ist nicht die einzige Lösung. Rostock hat sie schon, andere Kommunen werden folgen: die kommunale Wärmeplanung. Bei der kommunalen Wärmeplanung schaut man, welche Wärmequellen es im Gebiet einer Stadt gibt und wo Möglichkeiten für Nah- und Fernwärmenetze bestehen. Gerade in Städten und größeren Gemeinden werden zukünftig viele Häuser und Wohnungen ihre Wärme wieder über ein solches Wärmenetz bekommen. In Dänemark wird das seit Jahren erfolgreich gemacht, ausfallsicher und vor allem auch günstig und bezahlbar.

Die Frage nach dem Heizungstausch hat sich dann erledigt. Und als Wärmequellen dienen dann bspw. Großwärmepumpen, wie sie in Güstrow gebaut werden, oder auch Biogasanlagen oder Industriebetriebe.

Selbst Klärwerke können perspektivisch zu Wärmequellen werden. Chancen für Wärmenetze liegen also auch im ländlichen Raum. In Grevesmühlen zum Beispiel liefert das dortige Klärwerk mit seiner Biogasanlage Strom und Wärme für eine Shrimps-Zucht.

Und in Schwerin erzeugt eine der modernsten Geothermieanlagen Europas Wärme für viele hundert Haushalte. Für die Einweihung war Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich zu uns in den schönen Norden gekommen.



Was hat Rostock, was andere Städte nicht haben? Neben vielen Sehenswürdigkeiten wie dem Stadthafen vor allem eine fertige kommunale Wärmeplanung, die die Grundlage dafür bildet, die Hansestadt in den kommenden Jahren Schritt für Schritt klimafreundlicher und nachhaltiger zu machen. Mit dem großen Heißwasser-speicher der Rostocker Stadtwerke ist einer dieser Schritte bereits umgesetzt.

Auf einem gutem Weg: Zwischenbilanz der MV

Am 13. November 2021, gerade einmal sieben Wochen nach der Landtagswahl, haben SPD und DIE LINKE ihre Koalitionsvereinbarung unterzeichnet. In 555 Punkten wurde darin festgehalten, was wir gemeinsam in der MV-Koalition bis zur nächsten Landtagswahl 2026 umsetzen, wie wir das Land gut voranbringen wollen und wie wir in der Koalition gut zusammenarbeiten werden. Nach 17 Monaten wollen wir einmal Zwischenbilanz ziehen, was wir bereits für Sie erreicht haben (inklusive der Ereignisse, die gar nicht geplant waren), woran wir gerade arbeiten und welche Gesetze und Initiativen sich in der Umsetzung befinden.

Haben wir bereits umgesetzt

In diesem Jahr hatten sehr viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern am 8. März frei. Der **Internationale Frauentag als Feiertag** ist dabei nicht nur ein Wahlkampfversprechen, sondern es ist Zeichen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die schon in unserer Landesverfassung steht. Trotz des neuen Feiertages sind wir übrigens keine Faulenzer. Bayern hat auch ohne Frauentag noch ganze zwei Feiertage jedes Jahr mehr als wir.



spd-fraktion-mv.de

SPD Landtagsfraktion Mecklenburg Vorpommern

8 MÄRZ

Der 8. März ist Feiertag!
Herzliche Grüße zum Frauentag! Erstmals ist der Frauentag am 8. März in MV offizieller Feiertag. Unser Ziel ist und bleibt echte Gleichstellung und Teilhabe – also 365 Frauentage im Jahr.

Auch für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger waren wir schon aktiv. Eine Million Euro stand zum Beispiel für die Entwicklung von **Seniorenpolitischen Gesamtkonzepten** zur Verfügung. Diese helfen den Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen dabei, ihre Aktivitäten für Seniorinnen und Senioren besser zu koordinieren und abzustimmen. Schwerin und der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte sind dabei mit an Bord. Auch gegen die **Vereinsamung im Alter** haben wir wirksame Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Die Corona-Pandemie ist glücklicherweise überstanden. Aber immer noch leiden bis zu 70.000 Menschen allein bei uns im Land unter den Langzeitfolgen. Wir haben daher für die bessere medizinische Forschung, Beratung und Behandlung 2,5 Millionen Euro für das Thema **Long-Covid** bereitgestellt.

Im Tollensetal liegt noch relativ unbemerkt einer der größten archäologischen Schätze Europas, das sogenannte **Schlachtfeld im Tollensetal**. Als auf diesem Gelände entlang einer Straße durch das sumpfige Gebiet zwei verfeindete Heere aufeinandertrafen, regierten in Ägypten noch die Pharaonen. Diesen außerordentlichen Fund, der weltweit seinesgleichen sucht, wollen wir für die Nachwelt erhalten und zukünftig auch touristisch besser nutzen.

Als in der Corona-Krise die Genting-Werften erst ins Schleudern gerieten und dann Insolvenz anmelden mussten, war das ein herber Schlag für die maritime Wirtschaft im Land. Gemeinsam mit dem Bund, ohne den es einfach nicht gehen würde, ist es aber gelungen, **für die einzelnen Werftstandorte Perspektiven zu schaffen**. Die Werft in Wismar wird von Thyssenkrupp-Marine-Systems übernommen. In Rostock ist jetzt das Marinearsenal beheimatet, und wir arbeiten daran, dass auf dem Gelände zukünftig auch Konverter-Plattformen für die Offshore-Windindustrie gebaut werden können.

Wenn im Sommer viele Familien in den Urlaub fahren und verreisen, müssen im Urlaubsland MV auch viele Eltern arbeiten. Schließlich ist der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Land. Für die Kinder bedeutet das oft, dass sie auch über die Sommerferien den Hort besuchen. Bislang mussten Eltern für diesen Hortbesuch oft extra bezahlen. Das haben wir in diesem Jahr abgeschafft – nach der beitragsfreien Kita ist jetzt auch der **Ferienhort beitragsfrei!**

Arbeitskräfte und Fachkräfte sind Mangelware, nicht erst seit Corona. Wir haben mit dem **Fachkräftebündnis** eine bewährte und erprobte Struktur auf den Weg gebracht, bei der wir gemeinsam mit den Sozialpartnern gute Lösungen entwickeln werden, offene Stellen im Land passend besetzen zu können. Eines muss klar sein: Ohne qualitative Zuwanderung wird sich der Wohlstand in Deutschland nicht sichern lassen.

Die Energiekrise hat deutlich gemacht, wie anfällig fossile Energieträger sind. Als Land



Schöne Sommerferien:
Jetzt ist der
Ferienhort
beitragsfrei.

haben wir die Hilfen des Bundes insbesondere für Unternehmen durch einen **Härtefallfonds des Landes** über 300 Millionen Euro begleitet und uns auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass auch die nicht leitungsgebundenen Energieträger wie Heizöl oder Flüssiggas nicht vergessen werden. Langfristig wird aber nur ein Wechsel weg von fossilen Energien vor bösen Preisüberraschungen bewahren. Damit das auch von Mieterinnen und Mietern genutzt werden kann, haben wir ein **Förderprogramm für Balkonsolaranlagen** auf den Weg gebracht. Für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft haben wir mit dem MV-Energiefonds über 800 Millionen Euro zum Beispiel für den Aufbau einer **Wasserstoffwirtschaft** im Land bereitgestellt.

Aus dem Haushaltsüberschuss 2022 haben wir ein 170-Millionen-Euro-Programm geschürt, mit dem wir u. a. die Städte und Gemeinden im Land unterstützen. 50 Millionen Euro gehen dabei in ein **Paket für Feuerwehrgeräthäuser**. Dieses Paket schließt nahtlos an das Programm „Zukunftsfähige Feuerwehr“ an. Für den Bildungsbereich werden 50 Millionen Euro bereitgestellt. 20 Millionen davon gehen in die Verbesserung der beruflichen Bildung, 30 Millionen in die allgemeinbildenden Schulen und Kitas. 50 Millionen Euro erhalten die Kommunen für Kosten der Flüchtlingsunterbringung. 20 Millionen Euro gehen in ein Bürgerprogramm für Investitionen in Gemeinden, die über eine Erstaufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft verfügen.

Wer heute 13 Jahre alt ist, der darf zur nächsten Landtagswahl 2026 erstmals aktiv seine Stimme abgeben. Das **Wahlalter 16** haben wir in Mecklenburg-Vorpommern lange diskutiert und jetzt in der MV-Koalition endlich umgesetzt. Es ist auch ein Zeichen des Respekts gegenüber den Jugendlichen im Land, die bei wichtigen Entscheidungen über ihre Zukunft ebenso mitsprechen können müssen.

V-Koalition kann sich sehen lassen

Setzen wir gerade um

Usedom ächzt seit Jahren unter der Verkehrsbelastung. Immer wieder werden Rufe nach der **Wiedererrichtung der Karniner Brücke**, der Südanbindung per Bahn nach Berlin, laut. Wir haben die Planungen hierfür jetzt auf den Weg gebracht, lassen Gutachten für die Wirtschaftlichkeit erarbeiten und werden dann mit dem Bund darüber sprechen müssen, wann und wie auf dieser sinnvollen Bahnanbindung die Züge wieder ins Rollen gebracht werden können.

Um **Mobilität** geht es auch an anderer Stelle. Das Azubi-Ticket hat bereits ein Upgrade auf das Deutschlandticket erhalten - und das für 29 Euro im Monat. Das **Seniorenticket MV** wird ab dem 1. August starten. Und ab 2024 wollen wir mit einem landesweit einheitlichen **Rufbussystem** starten, das die Mobilität vor allem in den ländlichen Regionen im Land deutlich verbessern wird.

Im März haben wir im Landtag den Entwurf für eine Überarbeitung des Landesvergabegesetzes auf den Weg gebracht. Dieses soll zu einem **Tariftreue- und Vergabegesetz** weiterentwickelt werden (siehe Seite 2). Aktuell befindet sich der Gesetzentwurf in der parlamentarischen Beratung. Im September, so der Plan, wird der Landtag das Gesetz dann beschließen.

Die **Energiewende** ist ein Dauerthema für das Land, bei dem für uns das Ziel aber glasklar ist: auch nachkommenden Genera-



Aktuell kann Usedom per Bahn nur über Wolgast erreicht werden. Mit der Karniner Brücke soll das in Zukunft auch wieder über die Südanbindung möglich sein.

tionen ein lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern zu hinterlassen. Wir überarbeiten aktuell die Randbedingungen für die Ausweisung von Windkraftgebieten, damit wir die Flächenziele des Bundes erfüllen können. Schaffen wir das nämlich nicht, darf praktisch überall gebaut werden. Das will natürlich niemand. Wir planen auch erste Anlagen für die Wasserstoffwirtschaft. Denn der im Land erzeugte grüne Strom soll natürlich bei uns vor Ort genutzt werden, soll hier vor Ort auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Über 100 Millionen Euro stellt das Land für die Förderung der **Wasserstoffwirtschaft** zur Verfügung. Das Ziel ist ehrgeizig, aber klar:

das **Wasserstoff-Texas des Nordens** wäre schon schön.

Wollen wir noch umsetzen

Die Stärkung der touristischen Regionen im Land steht im Mittelpunkt des geplanten **Landestourismusgesetzes**. Mit dem Gesetz soll die Zusammenarbeit ganzer Tourismusregionen vereinfacht werden, die Finanzierung der touristischen Infrastruktur auf solide Füße gestellt werden, und es soll einfacher werden, bspw. mit einer Gästekarte auch den Nahverkehr in einer Region zu nutzen.

Ebenfalls in Erarbeitung befindet sich das **Landesklimaschutzgesetz**. Seit 2022 wird, begleitet von einem breiten Beteiligungsprozess für Bürgerinnen und Bürger, an den Eckpunkten gearbeitet. Der Referentenentwurf soll zum Jahresende vorliegen und würde dann im nächsten Jahr in die parlamentarische Beratung gehen. Das Klimaschutzgesetz wird unter anderem die Frage beantworten, wo und wie wir unseren CO₂-Ausstoß reduzieren wollen und wie uns das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 in MV gelingen wird. Natürlich mit den Menschen.

Dass die Menschen bei uns im Land sehr hohe Strompreise zahlen, das wollen wir ändern. Wir sind auf Ebene des Bundesrates unterwegs, um eine Reform der Netzentgelte im Bund zu erreichen. Regionen, in denen viel erneuerbare Energie erzeugt, aber nur wenig Strom verbraucht wird, benötigen einen Ausgleichmechanismus, um die **Stromkosten dauerhaft zu senken**.



Die Stärkung der Feuerwehren im Land ist uns ein wichtiges Anliegen. 50 Millionen Euro für neue Fahrzeuge, wie geländegängige Tanklöschfahrzeuge, weitere 50 Millionen Euro für das Paket für Feuerwehrgerätehäuser, „Löschwasser marsch“ für ausreichend Wasserversorgung. Im Fall des Falles sind wir, auch dank des Engagements der vielen Kameradinnen und Kameraden im Land, gut aufgestellt.

Interview mit Thomas Krüger, Obmann der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Zur Schmutzkampagne rund um Nord Stream 2: Von der Opposition wird behauptet, Fakt ist!



Zu Beginn der Legislaturperiode hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern einen Untersuchungsausschuss rund um die Klimastiftung und Nord Stream 2 eingerichtet. Mit dem Obmann der SPD-Landtagsfraktion, dem Abgeordneten Thomas Krüger, haben wir über die bisherigen Erkenntnisse gesprochen.

Herr Krüger, die Opposition fordert den Rücktritt von Manuela Schwesig...

Warum sollte die Ministerpräsidentin zurücktreten? Weil die Opposition das fordert? Der Landtag hat ohne Gegenstimme die Ministerpräsidentin aufgefordert, die Klimastiftung einzurichten. Eine große Mehrheit der Menschen nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern wollte bezahlbares russisches Erdgas und war für die Errichtung der Pipeline von Nord Stream 2. Im Osten waren das über 80 Prozent, die das Projekt befürwortet haben. Dass man aus heutiger Sicht im Lichte des russischen Angriffskrieges in der Ukraine die Lage neu bewerten muss, steht auf einem anderen Blatt. Hier haben wir uns im vergangenen Jahr sehr eindeutig positioniert.

Die Opposition übertreibt also?

CDU und Grünen stellen Krawall und markige Sprüche über eine ruhige Sacharbeit und Aufarbeitung der gesamten Vorgänge rund um Nord Stream 2 und die Stiftung. Was heute gern vergessen wird: Die Stiftungs-idee entstand im Umfeld der Sanktionsdrohungen der Trump-Regierung. Wenn plötzlich einfachen Hafenmitarbeitern in Sassnitz gedroht wird, du darfst künftig nicht mehr bei Amazon einkaufen und kannst kein Netflix mehr gucken, dann gebührt sich das einfach nicht. Trump und seine Helfer hatten da jeden Anstand verloren.

Wir hatten dieses Verhalten, diese Wild-West-Mentalität, im Sommer 2020 als Landtag klar abgelehnt und die Landesregierung aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten, wie man trotz dieser Drohkulisse Nord Stream 2 fertigstellen könnte. Das hat die

Landesregierung mit der Idee der Stiftung unterstützt.



Wer war an diesem Antrag beteiligt?

Den haben SPD, CDU und LINKE gemeinsam beschlossen. Offensichtlich gibt es aber insbesondere bei der CDU da erhebliche Erinnerungslücken.

Bundesweit Aufsehen erregte vor einigen Wochen der Fall einer verbrannten Steuererklärung der Klimaschutzstiftung. Was hatte es damit auf sich?

Die Steuererklärung war an das falsche Finanzamt versendet worden und geriet dann beim Zustellen an das korrekte Finanzamt in einen anderen Vorgang. Soll nicht vorkommen. Ist aber passiert. Im zuständigen Finanzamt in Ribnitz-Damgarten wurden die Unterlagen erfolglos gesucht und die Mitarbeiter mussten schriftlich erklären, dass sie die Unterlagen nicht haben.

Waren die Unterlagen damit weg?

Nein, das Finanzamt Rostock hatte immer noch die entsprechenden Unterlagen. Eine Kopie wurde dann nach Ribnitz-Damgarten geschickt. Zu diesem Zeitpunkt hat dann eine junge Finanzbeamtin die vermissten Unterlagen in einem anderen Ordner gefunden. Die Beamtin hat Angst bekommen, dass ihr Nachteile entstehen, auch weil die Opposition bereits erheblichen öffentlichen Druck wegen der Stiftung aufgebaut hat. Sie hat die Unterlagen dann in einer vermutlich sehr impulsiven Reaktion verbrannt, sich später aber mit einem Geständnis selbst an den Vorsteher ihres Finanzamtes gewandt.

Für Sie also kein Grund, misstrauisch zu sein?

Absolut nicht. Wir haben uns in einer neunstündigen Sitzung von dem Finanzamt und der Staatsanwaltschaft den ganzen Vorgang ausführlich darstellen lassen. Selbst der FDP-Fraktionsvorsitzende René Domke hat nach der Sitzung dem NDR erklärt, dass die Darstellung von Staatsanwaltschaft und Finanzamt aus seiner Sicht umfassend und schlüssig war.

Warum wurde der Landtag nicht eher über diese Sache informiert?

Weil wir uns hier im Bereich des in Deutschland sehr strikten Steuergeheimnisses bewegen und die Landesregierung deswegen auch gegenüber dem Landtag keine Informationen herausgeben durfte.

Die Opposition wirft der Landesregierung immer wieder vor, sie würde Informationen verheimlichen und verschleiern. Wie stehen Sie dazu?

Die Landesregierung hat dem Untersuchungsausschuss über 60 Gigabyte an Daten zur Verfügung gestellt. Wir sprechen hier von mehreren Hunderttausend Seiten, teils eng bedruckt. Wenn wir das in Aktenordnern nebeneinanderstellen würden, dann wäre das ein Regal mit deutlich über 100 Metern Länge. Von Verschleiern kann hier keine Rede sein – im Gegenteil. Das ist alles sehr transparent.

Also auch sehr viel aufgebauscht?

Leider ja. Wobei mich dann ja erstaunt, dass die fehlenden Terminkalender ehemaliger CDU-Minister nicht häufiger thematisiert werden. Die waren nämlich sehr fix gelöscht worden – natürlich ohne Kopie. Oder nehmen wir die Genehmigung von Nord Stream 2 durch das Bergamt Stralsund. Natürlich werden in so einem Verfahren, gerade in einem so sensiblen Gebiet wie dem Greifswalder Bodden, zahlreiche Einwendungen erhoben und auch Klagen eingereicht. Diese werden dann ganz normal geprüft. Am Ende gab es aber keine Gründe, Nord Stream 2 die Genehmigung zu verweigern. Die Opposition macht dann daraus, dass das kein objektives Verfahren gewesen sein könne.

Wie wird es mit dem Untersuchungsausschuss weitergehen?

Wir werden unseren Plan weiter abarbeiten, werden die offenen Fragen eine nach der anderen beantworten und dafür auch Zeugen hören. Für uns als SPD-Fraktion steht hierbei Sacharbeit im Vordergrund. Die Opposition macht leider ein ums andere Mal deutlich, dass sie mehr Interesse an Schlagzeilen als an Antworten hat. Ich finde das schade. Und manchmal auch Geschichtvergessen. Bis 2021 hat weltweit jeder Nord Stream 2 ganz eng mit Bundeskanzlerin Angela Merkel verbunden. Sie hat das Projekt auf internationalem Parket ein ums andere Mal verteidigt und durchgeboxt. Seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine wird gern so getan, als hätte Manuela Schwesig mit dem Padelboot die Rohrleitungen eigenhändig am Meeresgrund verlegt, als wäre Nord Stream 2 ein Landesprojekt gewesen. Aber auch dafür kann so ein Untersuchungsausschuss ja hilfreich sein, solche Gedächtnis- und Erinnerungslücken bspw. bei der CDU zu beheben.

Vielen Dank für das Gespräch.

Besuch in Balow im Landkreis LUP zeigt, Kinder zu stärken stärkt auch die Gemeinschaft

Enquete-Kommission „Jung sein in MV“: #mitmischenMV bindet Jugendliche aktiv ein

Beteiligung, Bildung, Gesundes Aufwachsen, Infrastruktur, Ländliche Räume, Gesellschaftliches Miteinander und Digitalisierung sind Themen, mit denen sich die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ in dieser Legislatur beschäftigt. Das Sondergremium des Landtages, in dem neben Landtagsabgeordneten auch Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken, rückt die Bedürfnisse und Perspektiven der jungen Generation in den Fokus. Die Enquete-Kommission untersucht, was Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre brauchen, um attraktivere und zeitgemäße Zukunftschancen in MV zu haben, und welche Maßnahmen die Politik ergreifen kann, um diese zu verbessern.



Im Mai waren die Enquete-Mitglieder der SPD-Fraktion (Foto) in Balow zu Gast, einem kleinen Dorf in der Nähe von Grabow im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Das Dorf hat sich das Motto „Balow, ein Dorf für Kinder – ein Dorf für Alle“ gegeben und lebt dieses Motto. Beeindruckend für die Enquete-Mitglieder war vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der jede und jeder in diesem Ort

die Wünsche von Kindern unterstützt, den Kindern bei der Umsetzung hilft und ihnen so ganz außergewöhnliche Lebenserfahrungen ermöglicht.

Die Enquete-Kommission selbst möchte ähnlich offen mit den Wünschen von Kindern und Jugendlichen umgehen. Unter dem

Motto „#mitmischenMV“ sollen Kinder und Jugendliche aktiv bei der Erarbeitung von politischen Handlungsempfehlungen eingebunden werden. Ihre Ideen und Vorschläge sollen dann Grundlage für politische Debatten werden. Mehr Informationen gibt es auf der Webseite der Enquete unter www.mitmischen-mv.de.

Nahverkehr und Anbindung der ländlichen Räume landesweit stärken

Seniorenticket MV & Rufbus: Mobilität für alle besser machen

Seit Mai gilt in Deutschland das so genannte Deutschlandticket. Für 49 Euro im Monat kann man damit bundesweit den kompletten öffentlichen Nahverkehr nutzen. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Azubi-Ticket bereits auf das Deutschlandticket aufgewertet. Für 29 Euro im Monat - also sogar 17 Euro weniger als bislang - können Auszubildende damit nicht nur in MV, sondern in ganz Deutschland mobil sein.

Und ab 1. August gilt das **Seniorenticket MV**, das ab sofort bestellt werden kann. Ursprünglich als reines Landesticket geplant, wird auch das Seniorenticket in ganz Deutschland gültig sein. Für 29 Euro im Monat können dann alle über 65 Jahren, die in Mecklenburg-Vorpommern ihren Hauptwohnsitz haben, kostengünstig deutschlandweit mobil sein. Das Seniorenticket MV ist vor allem mit Blick auf die zu erwartenden niedrigen Renten vieler Menschen im Land geplant worden, damit diese mobil sein

können. Gerade die gebrochenen Erwerbsbiografien nach der Wende sorgen dafür, dass viele Menschen bei uns auf die Grundrente angewiesen sein werden. Alle Infos zum Ticket und den Verkaufsstellen gibt es im Netz unter www.seniorenticket-mv.de.

In einigen Regionen des Landes fahren sie schon, ab dem kommenden Jahr sollen sie landesweit und zu einheitlichen Bedingungen verfügbar sein: die Rufbusse. Das System der Rufbusse bedeutet, dass letztlich jede Gemeinde im Land in einem festen Takt an den Nahverkehr angeschlossen wird. Der Bus fährt aber nur dann, wenn tatsächlich jemand mitfahren möchte. So wird die Anbindung der ländlichen Räume deutlich erhöht, und das zu bezahlbaren Kosten.

Das Rufbusssystem bedeutet letztlich, dass Azubiticket, Seniorenticket MV und Deutschlandticket für alle Menschen bei uns im Land eine echte Mobilitätsalternative werden.

Wasserbälle suchen & gewinnen

Einige haben sich in dieser Ausgabe der Bürger-Post versteckt. (Bitte zählen Sie auch den **Wasserball** in der Lupe mit.)

Haben Sie alle entdeckt?

Wenn ja, schreiben Sie uns bis zum **31.08.2023** die richtige Anzahl der **Wasserbälle** per:

Postkarte: SPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

E-Mail: info@spd.landtag-mv.de

oder auf unserer *Internetseite:* www.spd-fraktion-mv.de/raetsel

Unter allen Einsendungen verlosen wir fünf unserer roten Kaffeetassen. Mit etwas Glück gewinnen Sie Ihre neue Lieblingstasse.

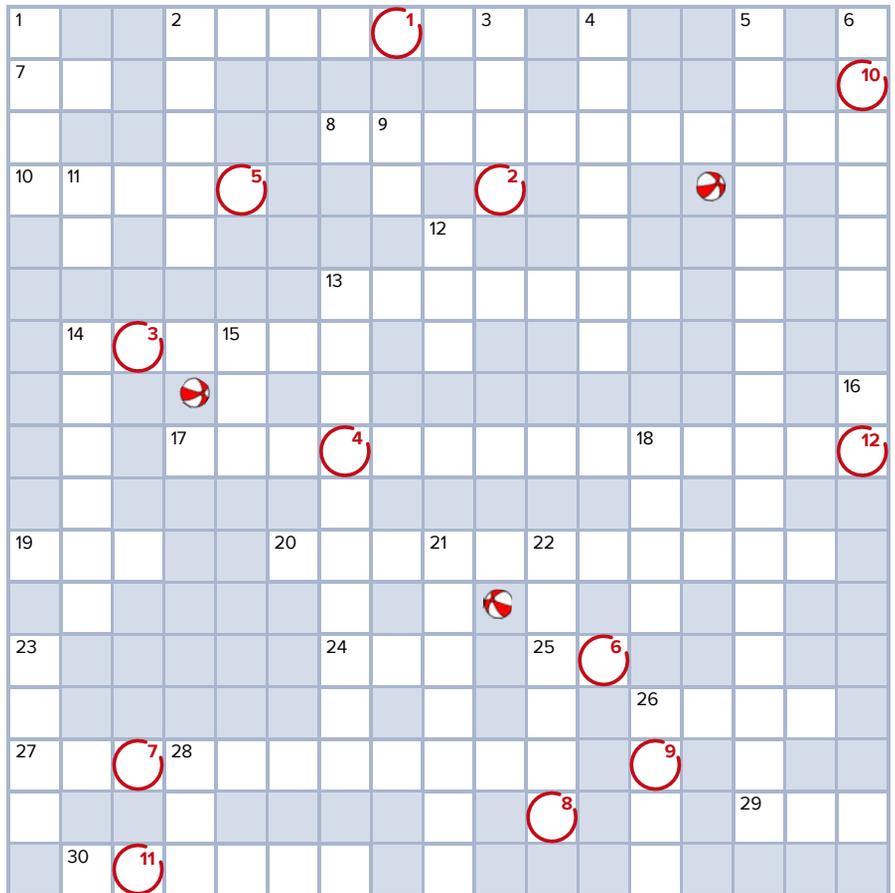


Gemeinsam anpacken für MV:

Alle 34 Abgeordneten auf einen Blick sowie weitere Kontaktdaten.



Unser Rätsel lösen und Tassen der SPD-Fraktion gewinnen!



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Das Lösungswort einfach unter www.spd-fraktion-mv.de/raetsel eingeben und gewinnen!

WAAGERECHT: **2)** Maßnahmen zur Führung einer Gemeinschaft **7)** chirurgischer Eingriff **8)** Beginn einer neuen Ära **10)** festgesetztes Entgelt **13)** Volksvertretung eines Bundeslandes **14)** Vorrichtung zur Verringerung von Geschwindigkeit **17)** Emanzipation **19)** große Ansammlung von Wasser **20)** Maßnahmen zur Entgegenwirkung der globalen Erwärmung **24)** heißes Aufgussgetränk **25)** Mecklenburg-Vorpommern **26)** großer Raum **27)** Ausflug aus beruflichen Gründen **29)** Ende des Lebens **30)** politische Organisation

SENKRECHT: **1)** Brief/Paket **2)** ergibt sich aus Angebot und Nachfrage **3)** Kindertagesstätte **4)** zum Gedächtnis an eine Person oder Ereignis errichtete, plastische Darstellung **5)** Schwerin **6)** Druckmaschine **9)** Europäische Union **11)** Arbeitsunfähigkeit **12)** französisches Hip-Hop-Duo **13)** Wahlperiode **14)** durch Inseln oder Landzungen vom Meer abgetrennte flache Küstengewässer **15)** Mitglied des Landtages **16)** Arbeitsgemeinschaft **18)** Bezahlung für geleistete Arbeit **21)** größter See innerhalb Deutschlands **22)** warme Jahreszeit **23)** rhetorischer Vortrag **26)** schmaler, langer Gegenstand **28)** Norddeutscher Rundfunk

UMFRAGE: Stimmen Sie ab!

Renteneintrittsalter noch zeitgemäß?

Die CDU hat jüngst die Forderung eröffnet, wir müssten das Renteneintrittsalter, das ab 2030 bereits bei 67 Jahren liegt, weiter deutlich anheben. Ab 2031 soll der Renteneintritt, so die Forderung der CDU, für alle an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden. Auch für Handwerker oder Pflegekräfte könnte es dann heißen, Rente erst mit 69, 70 oder auch 72 Jahren.

Als SPD-Fraktion lehnen wir solche Forderungen ab und halten sie für unsozial. Wer 45 Jahre hart gearbeitet hat, den soll man nicht zwingen, noch länger zu arbeiten. Aber was denken Sie? Wir würden gerne Ihre persönliche Meinung zu diesem wichtigen Thema wissen. Ist das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren noch zeitgemäß?

■ **Ja**, das Renteneintrittsalter ist genau richtig, und wer länger arbeiten will, darf das auch.



■ **Nein**, das Renteneintrittsalter muss für alle deutlich angehoben werden.



Antworten Sie uns bitte per Postkarte (SPD-Landtagsfraktion MV, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin), per E-Mail (umfrage@spd.landtag-mv.de) oder auch auf Facebook (fb.com/SPDLandtagsfraktionMV).
Einsendeschluss: 31.08.2023



Unter www.spd-fraktion-mv.de finden Sie weitere aktuelle Informationen zu unseren politischen Initiativen sowie Medienpublikationen. Pressemitteilungen abonnieren Sie per Mausclick. Wir kommunizieren auch in den sozialen Medien mit Ihnen. Dort finden Sie auch Landtagsreden sowie Interviews und Videos zu politischen Schwerpunkten. Telefonische Nachfragen richten Sie bitte an **0385 525-2360**. Per E-Mail erreichen Sie uns unter info@spd.landtag-mv.de. Unsere Infomaterialien senden wir Ihnen auf Wunsch auch in gedruckter Form kostenfrei zu.